

Pressemitteilung der SOS Roma Initiative
Münster, 21.11.2009



600 bei überregionaler Demonstration gegen die Abschiebung von Roma in den Kosovo

Ungefähr 600 Menschen demonstrierten am Samstag den 21. November in Münster (Westf.) gegen Abschiebungen von Roma in den Kosovo. Aufgerufen hatte die SOS Roma Initiative Münster, um ihrer Forderung nach einem sofortigen Abschiebungsstopp und einem bedingungslosen Bleiberecht für alle Roma und andere Minderheiten aus dem Kosovo Nachdruck zu verleihen.

„Wir werden nicht hinnehmen, dass Roma, die hier ihre Heimat haben, auf eine Müllkippe abgeschoben werden!“ so Volker Maria Hügel von der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender (GGUA) und dem Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen unter lautem Beifall auf der Abschlusskundgebung.

Im Vorfeld der Innenministerkonferenz vom zweiten bis vierten Dezember 2009 in Bremen setzte die Demonstration ein deutliches Zeichen gegen die drohende Abschiebung von ca. 10.000 Roma in ganz Deutschland.

Kein Verständnis für diese Politik zeigte Ali Mehmeti, ein Sprecher der SOS Roma Initiative aus Münster: „Viele von uns leben schon seit mehr als 10 Jahren in Deutschland. Warum sollen wir nun zurück? Unsere Kinder sind teilweise hier geboren, sie gehen hier zur Schule, haben hier ihre Freunde. Den Kosovo kennen sie überhaupt nicht. Dort haben wir keine Zukunft.“

Die Demonstration zog lautstark vom Bahnhof durch die Münsteraner Innenstadt und unterstrich mit Plakaten wie „Rettet unsere Leben!“ die Dringlichkeit eines Abschiebungsstopps für Minderheiten aus dem Kosovo.

„Im Kosovo haben Roma keine Perspektive auf ein würdiges Leben“, erklärte Claudia Schulz von der Antirassistischen Initiative Münster. „Roma sind immer noch rassistischen Diskriminierungen und gewaltsamen Übergriffen ausgesetzt. Sie erwartet ein Leben am Rande des körperlichen Existenzminimums in Flüchtlingslagern oder in Obdachlosigkeit.“

Die Veranstalter zeigten sich mit dem Verlauf der Demonstration zufrieden, betonten jedoch, dass der politische Druck auf die Landes- und die Bundesregierung ausgeweitet und weiter aufrecht erhalten werden müsse. Karla Schubert aus dem Unterstützer_innenkreis forderte alle Menschen dazu auf, „sich mit den Roma solidarisch zu zeigen und in ganz Deutschland aktiv gegen die Abschiebungen und für ein Bleiberecht einzusetzen.“